

Schlaglichter aus 60 Jahren Bundesrepublik

„ERFOLGSGESCHICHTE“

Vor 20 Jahren feierte die Bundesrepublik ihren 40. Geburtstag. Nie zuvor war es den Deutschen, jedenfalls den Westdeutschen, so gut gegangen wie in den späten achtziger Jahren. Auf dem Zenit ihrer Leistungsfähigkeit wurden die Geburtstagsfeiern der Bonner Republik als Festspiele der „Erfolgsgeschichte“ vom „Modell Deutschland“ inszeniert.

Das war der Tenor auch 1999, wenn auch schon etwas gedämpft, als die Bundesrepublik, nun als wiedervereinigtes Deutschland, ihren Fünfzigsten feierte. Und dann kam die Krise, der „Absturz eines Superstars“, um nur einen der der vielen Buchtitel zu zitieren. Die „Erfolgsgeschichte“ vom „Modell Deutschland“ versank im Alarmismus über die deutsche Krankheit – und war über Nacht wieder da, als 2005 der Aufschwung einsetzte. Viel Aufregung für eine Endfünfziglerin, die gar nicht recht weiß, wie sie nun ihren sechzigsten feiern soll, zumal er schon wieder von einer Krise überschattet wird, die offenkundig alles Bisherige übertrifft.

War (und ist) die Geschichte der Bundesrepublik eine „Erfolgsgeschichte“? Eine knappe Bilanz in fünf Schlaglichtern, die uns in die Diskussion einführen sollen.

1. FRIEDE, SICHERHEIT, ERNSTFALLVERGESSENHEIT

Die britische Historikerin Catherine Merridale hat ein Buch über die russischen Soldaten im Zweiten Weltkrieg geschrieben. Es handelt von den Erfahrungen mit entgrenzter Gewalt und davon, wie Menschen mit solchen Erfahrungen umgehen. Besonders bewegt hat mich in diesem Buch eine Bemerkung: dass es nämlich für diese Menschen letztlich entscheidend war, ob es ihnen „im Alter gelang, eine gewisse Normalität her-

zustellen – gemeinsam mit den Angehörigen bei Tee und Plätzchen zu sitzen [und] Bilder der Enkel herumzureichen“.

Die fundamentale Bedeutung einfacher Normalität – und wie normal ist es für die Bundesdeutschen geworden, mit Angehörigen und Freunden zusammenzusein und Kindern beim Spielen zuzuschauen. In Frieden und Sicherheit zu leben, und dass seit 1945 nicht wieder Krieg in Deutschland war: das ist die Gnade der späten Geburt am richtigen Ort – nicht in Bosnien oder in Ruanda –, und es ist zugleich ein Erfolg der Bundesrepublik mit ihrer Politik der Westbindung, der gar nicht hoch genug zu schätzen ist.

Aber: Normalität wird schnell zur Selbstverständlichkeit. Bis 1990 lebten die Deutschen im Auge des Taifuns der nuklearen Abschreckung und des Ost-West-Konflikts vergleichsweise ruhig. Nach 1990 wandelten sich die Rahmenbedingungen, und die Deutschen mussten sich den neuen internationalen Erfordernissen anpassen. Seit einem guten Jahrzehnt nehmen deutsche Soldaten an Auslandseinsätzen teil, auch an militärischen. Die Frage aber: an welchen? und: wozu?, die Frage nach deutschen Interessen, nach der grundsätzlichen außen- und sicherheitspolitischen Orientierung der Bundesrepublik, zudem die Frage nach Richtung und Ziel der europäischen Integration und der deutschen Europapolitik – diese Fragen werden in Deutschland kaum gestellt.

Zugleich ist, nach 60 Jahren Frieden und Sicherheit, das Gefühl für den Ernstfall abhanden gekommen. „Et hätt noch immer jot jejeange“, sagt man aber nicht einmal mehr in Köln. Für den Ernstfall, der schneller eintreten kann, als man denkt, sind die Deutschen 2009 genau so wenig gewappnet, wie sie es 1989 für die Mammutaufgabe der deutschen Einheit waren.

2. DEUTSCHE EINHEIT

Ein Drittel der bundesdeutschen Geschichte entfällt inzwischen auf das vereinte Deutschland. Das Ende der DDR und die deutsche Wiedervereinigung, die deutsche Revolution von 1989/90 war einer der größten Momente der deutschen Geschichte.

Zugrunde lag ihm ein Bündel von Ursachen: Gorbatschows Reformpolitik, die völlig aus dem Ruder lief und erst die internationalen Rahmenbedingungen für die Revolutionen in Ostmitteleuropa schuf; die Bürgerbewegung in der DDR, die ein erstarrtes Regime zum Sturz brachte; der Einheitswille der Ostdeutschen und die Vereinigungspolitik der Regierung Kohl, die auf internationaler Ebene von der US-amerikanischen Regierung gegen alle Widerstände unterstützt wurde.

Es war, als gingen 1989/90, nach den katastrophischen Umwegen des 20. Jahrhunderts, schließlich noch die Hoffnungen der bürgerlichen Bewegung des 19. Jahrhunderts in Erfüllung: wir sind das Volk und wir sind ein Volk – Volkssouveränität und nationale Einheit, Rechtsstaat und Grundrechte, Freiheit und Wohlstand.

Während die staatliche Wiedervereinigung von 1990 einen „Glücksfall von Staatskunst“ darstellte (Zelikow/Rice), entpuppte sich die innere Einheit, der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik, die Übertragung der bundesdeutschen Ordnung auf die DDR und die Integration Ostdeutschlands in die staatliche, wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Ordnung der Bundesrepublik als weit schwieriger denn 1990 gedacht. Einerseits entstanden – und dies wird allzu gern übersehen – nichts weniger als blühende Landschaften in den neuen Ländern. Andererseits gelang es nicht, eine selbsttragende Wirtschaft aufzubauen, und die hohe Massenarbeitslosigkeit ist bis heute die Achillesferse der deutschen Einheit. und ebenso sind es die Haltungen der Deutschen.

In der kurzen Euphorie von 1989/90 gelang es nicht, die Einheit in Ost und West als nationales Gemeinschaftswerk zu verankern, das mit Verzicht und Entbehrungen verbunden sein würde, auf beiden Seiten. So redu-

zierte sich die deutsche Einheit für die Westdeutschen schließlich zu einer materiellen Belastung, während in Ostdeutschland zu hohe Erwartungen von zu tiefen Enttäuschungen abgelöst wurden. Woran es den Deutschen weithin mangelt, ist Verständnis füreinander.

3. STABILITÄT, KONSENS, SCHWERBEWEGLICHKEIT

Mit der deutschen Einheit wurde der Provisoriumsvorbehalt des Grundgesetzes wirksam – und unwirksam zugleich. Denn in dem Moment, in dem das Grundgesetz obsolet werden sollte, wurde es überhaupt nicht zu Disposition gestellt. Die staatliche Ordnung der Bundesrepublik hatte sich als stabil herausgestellt, sie hatte es in den achtziger Jahren vermocht, die fundamentaloppositionellen Protestbewegungen zu integrieren, und sie wurde 1990 für das gesamte Deutschland gültig.

Die Stabilität der Staats- und Verfassungsordnung drückte gesellschaftlich-politischen Konsens, Integrationskraft und sozialen Frieden aus. Dass Bonn eben „nicht Weimar“ wurde, wie es in den fünfziger Jahren so beschwörend und ängstlich zugleich hieß, ist ein Teil der bundesdeutschen Erfolgsgeschichte, der vor dem Hintergrund der katastrophischen deutschen Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gar nicht hoch genug zu veranschlagen ist.

Die Kehrseite der Stabilität freilich heißt Schwerbeweglichkeit. Sozialer Konsens in der Bundesrepublik bedeutete auch: Konsens zwischen Regierenden und Wählern über Machterhalt und Besitzstandswahrung. So traute Helmut Kohl sich mit Blick auf die Bundestagswahlen von 1990 nicht, den Westdeutschen die deutsche Einheit als nationales Solidarwerk nahezubringen, das mit Verzicht verbunden sein würde – mit den genannten Folgen.

Die große Ausnahme war schließlich die Agenda 2010. So spektakulär sie war, so gewohnt freilich war der Nachgang: als sich Besserung der ökonomischen Lage abzeichnete, waren sich alle politisch Verantwortlichen umgehend darin einig, wesentliche

Elemente dieser Reformpolitik wieder zurückzunehmen.

Nun ist die kurzfristige Orientierung politischen Handelns in einer Demokratie, in der es um Wahl und Wiederwahl geht, zumal angesichts einer so dichten massenmedialen Durchdringung, wie wir sie heute erleben, nicht zu vermeiden. Und dennoch geht sie auf Kosten langfristiger Zukunftssicherung – die den Deutschen im Hinblick auf Einwanderung, Generationenvertrag und soziale Sicherungssysteme eben nicht gelungen ist.

Dies geht Hand in Hand mit einem weiteren Problem: die politischen Eliten haben sich im Laufe der Jahrzehnte als exklusive Zirkel von Parteipolitikern verfestigt, die Partei und Politik von Anfang an als Hauptberuf betreiben. Die Professionalität des Berufspolitikers ist unabdingbar – dass aber Bürger mit der Erfahrung eines Berufes außerhalb der Politik kaum mehr politische Verantwortung in der Politik übernehmen, jedenfalls auf Bundesebene (und das Scheitern des „Professors aus Heidelberg“ ist in dieser Hinsicht ein Menetekel), ist durchaus ein Problem für die Qualität und die Repräsentativität politischer Entscheidungen.

4. KONSUMGESELLSCHAFT, MASENWOHLSTAND, STAATSINTERVENTIONISMUS

Das „Wirtschaftswunder“ der fünfziger Jahre hat sich tief in das kollektive Gedächtnis der Deutschen eingegraben. Dabei war es mehr als ein außergewöhnlicher konjunktureller Aufschwung, mehr auch als „Rekonstruktion“ und Modernisierung nach den Zerstörungen des Krieges. Was hier geschah, war vielmehr – unter der Oberfläche des „Wirtschaftswunders“ – ein historischer Übergang: der Übergang von der Subsistenzgesellschaft, in der die Menschen überwiegend damit beschäftigt waren, ihr physisches Überleben zu sichern, zur Überflussgesellschaft, zur Konsumgesellschaft.

Damit veränderte sich auch die Sozialstruktur der Gesellschaft: von der „Entproletarisierung der Arbeiterschaft“ spricht die Sozialgeschichte, und „Wohlstand für alle“ wurde mehr und mehr Realität, jedenfalls für

fast alle: 80-90% der bundesdeutschen Gesellschaft hatten in den achtziger Jahren teil am Massenwohlstand. Nie war es den Deutschen so gut gegangen wie in den achtziger Jahren, und nach der Wiedervereinigung erlebten auch die neuen Länder eine wahre Wohlstandsexplosion – vor allem die Gewinner der Einheit: die, die einen Arbeitsplatz hatten und die Rentner; aber selbst denjenigen, die sich als Verlierer der Einheit betrachteten, ging es zumindest materiell nicht schlechter als zuvor.

Im Zuge dieser Wohlstandsentwicklung war mehr und mehr von der bundesdeutschen „Mittelschichtengesellschaft“ die Rede – in der Tat rechnen sich etwa 60% der Westdeutschen selbst den Mittelschichten zu (was in den neuen Ländern deutlich anders ist: sie betrachten sich nach wie vor in viel höherem Grad als Angehörige der Arbeiterschaft). Alles in allem lässt sich sagen, dass die bundesdeutsche Gesellschaft bürgerlich wie nie zuvor wurde, und auch insofern ging im späteren 20. Jahrhundert ein Teil der bürgerlichen Utopie des 19. Jahrhunderts in Erfüllung.

Aber der Historiker kann nicht ohne das „aber“ – auch hier ist die gegenläufige Bewegung zu benennen: Abgesichert wurde die Wohlstandsgesellschaft in zunehmendem Maße durch den Sozialstaat. Die Sicherung der Menschen gegen Grundrisiken in der modernen Industriegesellschaft, die Gewährleistung eines auskömmlichen Lebensstandards auch im Alter, die materielle Sicherheit der Bürger – dies ist eine der großen Leistungen des demokratischen und sozialen Bundesstaates, wie das Staatsstrukturprinzip der Bundesrepublik in Art. 20 GG benannt wird.

Zugleich aber hat sich der Sozialstaat von der Instanz zur Absicherung gegen Existenzrisiken zum Generalagenten der Lebenszufriedenheit der Bürger mit immer weiter wachsenden, längst nicht mehr finanzierbaren Zuständigkeiten entwickelt. Dass der Staat in immer weitere Lebensbereiche der Gesellschaft hinein vorgedrungen ist, hat zugleich die Haltungen der Einzelnen zum Staat verändert. Umgekehrt werden dem Staat zugleich immer weitere Zustän-

digkeiten überantwortet – bis hin zu der inzwischen verbreiteten Auffassung, der Staat könne Kindererziehung besser leisten als die Familien. Kurz gesagt: Staatsinterventionismus statt Bürgerverantwortung, das ist die Kehrseite der sozialstaatlich abgesicherten Mittelschichtengesellschaft.

5. WERTEWANDEL, PLURALISIERUNG, UNSICHERHEIT

Während die Institutionen der Bundesrepublik über 60 Jahre geblieben sind, haben sich die Deutschen in diesen 60 Jahren spürbar verändert. Sind sie lockerer und toleranter geworden? Oder oberflächlicher und ungebildeter? Unterschiedliche Lesarten und Bewertungen sind im öffentlichen Umlauf: von Freiheitsgewinn oder aber vom Werteverfall.

Im Zentrum steht der Wertewandel, den die Sozialwissenschaften seit den siebziger Jahren demoskopisch messen. Gemeint ist damit eine Prioritätenverschiebung der allgemeinen Orientierungsrichtlinien: eine Verschiebung von sog. Pflicht- und Akzeptanzwerten wie Disziplin und Fleiß, Gehorsam und Unterordnung, hin zu Freiheits- und Selbstentfaltungswerten wie Emanzipation und Selbstbestimmung, Freizeit und Genuss.

Ein Beispiel sind die Erziehungswerte: hier hat die Wertegruppe Gehorsam und Unterordnung seit den sechziger Jahren erheblich an Bedeutung verloren, während umgekehrt die Erziehungsziele Selbständigkeit und freier Wille an Bedeutung gewonnen haben, und dies hat sich im Wandel von einem autoritären zu einem partnerschaftlichen Umgang mit Kindern niedergeschlagen.

Der übergreifende Prozess ist mit den Begriffen Pluralisierung und Individualisierung zu beschreiben. Diese Entwicklung hat den einzelnen Menschen ein nie dagewesenes Maß an Selbstentfaltungsmöglichkeiten und individuellen Gestaltungsspielräumen erbracht, ein ungleich höheres Maß an Freiheit, das eigene Glück zu schmieden.

Pluralisierung heißt auf der anderen Seite: Unübersichtlichkeit, Verunsicherung durch

ein unüberschaubares Angebot von Wahlmöglichkeiten – die Regalkilometer von Erziehungsratgebern in den Buchhandlungen zeugen davon – und eine Entgrenzung anstelle von verlässlichen Regeln, anstelle auch von Tabus. Verloren ging auf diese Weise so etwas wie common sense, praktische Vernunft und eine pragmatische Übereinkunft über falsch und richtig. „Zerschlagung der Gewissheit“ hat der Philosoph Zygmunt Baumann diesen Grundzug der Postmoderne genannt, hinter die es freilich kein Zurück gibt.

Zum Ersatz für die praktische Vernunft wurde die Zahl. Im Zeitalter der Globalisierung gewöhnten Politik und Gesellschaft sich an, ganz in Statistiken und Rankings zu denken. In den Wirtschaftswissenschaften, selbst in der Volkswirtschaftslehre gewannen nurmehr mathematische Modelle und Zahlenkolonnen die Oberhand, nicht aber die Frage nach Ordnung und Sinn. Familienpolitik begann in der Zahl der Kontaktminuten zwischen Kindern und Eltern zu denken, Wissenschaft und Bildung in den Kategorien von eingeworbenen Drittmittelsummen, studentischer workload und Abolventenzahlen, statt nach Erkenntnis und Persönlichkeitsbildung zu gehen. Zahlen und Modellen traten an die Stelle von Inhalten und Sinn. Erkenntnis und Persönlichkeit lassen sich aber nicht einfach messen. Erfassen lassen sie sich durch praktische Vernunft, und sie brauchen etwas, das sich ebenfalls nicht quantifizieren lässt, das die Finanzwelt aber in jüngster Zeit als entscheidendes Kriterium hat erfahren müssen: Vertrauen.

Schlaglichter aus sechzig Jahren Bundesrepublik beantworten nicht die Frage: wohin? Aber: die Geschichte drängt der Gegenwart die Frage auf: wozu? Die historische Erfahrung mit Krisen und Umbrüchen würde sehr täuschen, wenn die gegenwärtige Krise – die im allgemeinen Bewusstsein noch erst ankommen muss – nicht ihre Spuren im gesellschaftlich-politischen Denken hinterlassen würde. Wenn sie dazu führen würde, dass wir wieder mehr in Kategorien des Sinns statt der besinnungslosen Zahl denken, dann könnte der 60. Geburtstag der Bundesrepublik ein wegweisender Anlass zur Besinnung sein.